

Stuttgart, 07.09.2023

Kinder- und jugendärztliche Versorgung in Stuttgart - Zwischenbericht zur Verbesserung der Situation

Mitteilungsvorlage

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungstermin
Sozial- und Gesundheitsausschuss	Beratung	öffentlich	25.09.2023

Kurzfassung des Berichts

Die kinder- und jugendärztliche Versorgungslage ist auch in Stuttgart besorgniserregend. Daher wurde im Jahr 2022 durch Frau Bürgermeisterin Dr. Sußmann und Herrn Bürgermeister Fuhrmann der Runde Tisch „Kinder- und jugendärztliche Versorgung in Stuttgart“ ins Leben gerufen. Teilnehmende waren Vertreter*innen der Kinder- und Jugendärzt*innen, der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW), des Referats WFB, des Klinikums Stuttgart, des Bezirksvorstehers Mühlhausen als Vertretung für die Stadtbezirke sowie des Gesundheitsamts. In Arbeitssitzungen wurden Problemfelder identifiziert, diskutiert und entsprechende Handlungsfelder und Zuständigkeiten definiert sowie in Unterarbeitsgruppen bearbeitet.

Die Sicherstellung der ambulanten ärztlichen Versorgung ist originär Aufgabe der KVBW, die sich mit den Gesetzlichen Krankenkassen (GKV) hinsichtlich der Ausgestaltung verständigt. Frau Bürgermeisterin Dr. Sußmann und Herr Bürgermeister Fuhrmann haben sich am 20. Juli 2023 mit einem Schreiben an den Vorstand der KVBW sowie am 9. August 2023 an das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg (SM) sowie an die Landesärztekammer Baden-Württemberg (LÄK BW) mit der Bitte gewandt, die dort zur Verfügung stehenden Instrumente auszuschöpfen, um eine schnelle Verbesserung der Versorgungssituation zu erreichen. Ein entsprechendes Schreiben an die Vertreter*innen der GKV ist aktuell in Vorbereitung.

Insbesondere wurden in den Briefen folgende sinnvolle Handlungsstränge zur Verbesserung der kinder- und jugendärztlichen Versorgungslage herausgehoben:

1. Feststellung eines lokalen Sonderbedarfs für Kinder- und Jugendärzt*innen in Stuttgart und Schaffung entsprechender Sonderbedarfszulassungen
2. Ausweitung Spezialsprechstunden am Olgahospital durch entsprechende (Instituts-) Ermächtigungen
3. Schaffung von Notfallkapazitäten und Ausweitung der kinderärztlichen Notfallpraxis Stuttgart am Olgahospital

4. Unterstützung der Gründung und Koordination von Weiterbildungsverbänden im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin und Ausweitung der Weiterbildungsförderung auf den stationären Bereich
5. Temporäre Öffnung des Förderprogramms Ziel und Zukunft (ZuZ) für die Kinder- und Jugendmedizin in Stuttgart
6. Einführung einer an den tatsächlichen Versorgungsbedarf gekoppelten Bedarfsplanung
7. Bedarfsgerechte Erhöhung der Studienplätze
8. Stärkung der primärärztlichen Qualifizierung von Ärzt*innen.

Potentiell wurden als kommunale Handlungsmöglichkeiten folgende Maßnahmen als zielführend eingeordnet. Sofern eine Umsetzung einfach und ohne erhebliche finanzielle Bedarfe realisierbar schien, wurden diese bereits initiiert (**P = in Prüfung, U = Umsetzung geplant**). Darüber hinaus wurden auch Maßnahmen identifiziert, die einer eingehenderen Betrachtung bedürfen (**W = weitergehende Analyse**).

Handlungsfeld 1: Verringerung des Mangels der zur Verfügung stehenden „Arztzeit“

- Mitberücksichtigung der haus- und kinderärztlichen Bedarfe bei der Stadtplanung (**P**)
- Unterstützung bei akuten Bedarfen an Liegenschaften (**P**)
- Einrichtung einer städtischen Anlauf- und Beratungsstelle für niederlassungswillige Ärzt*innen und interessierte Bauherr*innen (**W**)
- Förderprogramm zur Ansiedelung weiterer Kinder- und Jugendmediziner*innen in der LHS (**W**)
- Gründung eines Weiterbildungsverbands für die Kinder- und Jugendmedizin zwischen dem Olgahospital und der niedergelassenen Ärzteschaft (**W**)
- Ausweitung der Weiterbildungsstellen im Bereich der Kinder- und Jugendmedizin am Olgahospital (**W**)
- Reduzierung des Mangels an MFA in Kinder- und Jugendarztpraxen (Bewerbung (**P**), Image-Kampagne (**P**), Unterstützung durch Jobcenter (**U**))
- Schaffung attraktiver Arbeitsplätze für Kinder- und Jugendärzt*innen durch die LHS (z. B. durch Medizinisches Versorgungszentrum) (**W**)
- Konzept zur Implementierung einer zusätzlichen ambulanten Versorgungsstruktur bei plötzlich eintretenden kritischen Versorgungsengpässen (**U**)

Handlungsfeld 2: Reduzierung medizinischer/fachlicher Mehrbelastungen

- Reduzierung ärztlicher Bescheinigungen (**U**)
- Verbesserung der interdisziplinären Kooperation (**U**)
- Stärkung der Digitalisierung (Abläufe, Telemedizin) (**W**)

Handlungsfeld 3: Kompensation des erhöhten Beratungs- und Unterstützungsbedarfs der Eltern

- Herstellung von Transparenz über vorhandene Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder und Eltern (**P**)

- Veröffentlichung von Informationen des Gesundheitsamts zur Gesundheitsförderung von Kindern im Rahmen von ViVO-Sonderausgaben **(U)**
- Ausweitung des Fortbildungsprogramms des Gesundheitsamts auf Eltern **(P)**.

Der ausführliche Zwischenbericht (vgl. Anlage 1) beschreibt diese kommunalen Handlungsoptionen näher.

Weiteres Vorgehen

Das Gesundheitsamt wird, in Abhängigkeit der Wirkung der von den zuständigen Stellen eingeforderten Maßnahmen, die erweiterten Handlungsoptionen der Landeshauptstadt weiterverfolgen und ggf. Maßnahmen in einem Realisierungskonzept mit den hierfür erforderlichen Finanzbedarfen darlegen. Die Konzipierung kommunaler Handlungsoptionen bedarf keiner eigenen finanziellen Ressourcen und erfolgt im Rahmen der Aufgabenstellung der Gesundheits- und Krankenhausplanung der Landeshauptstadt. Mit eventuell noch zu formulierenden Maßnahmenvorschlägen wird auch ein entsprechender Mittelbedarf dargestellt und zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Entscheidung über die Umsetzung ist dann im Sinne der Daseinsvorsorge unter Berücksichtigung der Subsidiarität und vor dem Hintergrund der Supplementierung anderer originärer Zuständigkeiten zu treffen.

Mitzeichnung der beteiligten Stellen:

-

Vorliegende Anfragen/Anträge:

-

Erledigte Anfragen/Anträge:

105/2022

Dr. Alexandra Sußmann
Bürgermeisterin

Thomas Fuhrmann
Bürgermeister

Anlagen

Anlage 1: Zwischenbericht zur Verbesserung der kinder- und jugendärztlichen Versorgungslage in Stuttgart

Anlage 2: BM-Schreiben an den Vorstand der KVBW vom 20.07.2023

Anlage 3: BM-Schreiben an das SM vom 09.08.2023

Anlage 4: BM-Schreiben an die LÄK vom 09.08.2023

Anlage 5: Erklärung des Fachsymposiums Kinder- / Jugendgesundheit vom 25.07.2023

<Anlagen>